

Forderungen an die Politik



Armut existiert immer ganz konkret vor Ort – und kann auch vor Ort bekämpft werden. An vielen Stellschrauben können das Land Rheinland-Pfalz und die Kommunen drehen. Daher fordern wir:

- ✘ **Armut in der Landespolitik stärker thematisieren** – regelmäßige Revision des Landesaktionsplans mit ambitionierteren Zielen
- ✘ **Bildungssystem durchlässiger machen** – kostenfreies frisch gekochtes Mittagessen an Schulen, Schulsozialarbeiter:innen und Alltagshelfer:innen an Schulen stärker einbinden
- ✘ **Soziale Einbindung im Quartier** (d.h. den Nachbarschaften) **fördern** – gesundheitsförderlich ausgestattete Sozialräume (d.h. die Lebensräume der Menschen), besserer Hitzeschutz, Bildungs- und Kulturangebote gerade für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und finanziell schwache Menschen
- ✘ **Wohnraumversorgung verbessern** – kommunale Baugesellschaften fördern, bezahlbare barrierefreie Wohnungen flächendeckend errichten, Wohnkostenbelastung von Studierenden und Auszubildenden durch mehr Wohnheime und finanzielle Förderung senken
- ✘ **Mobilität ermöglichen** – Sozialticket flächendeckend einführen, barrierefreien ÖPNV verwirklichen
- ✘ **Wohnungs- und Obdachlosigkeit effektiver bekämpfen** – das Modellprojekt „Housing First“ (dt. „die Wohnung zuerst“) verstetigen und ausbauen, bisher ausgeschlossene Personen zu „Housing First“ zulassen, wohnungslose Frauen und wohnungslose ältere Menschen mehr in den Fokus nehmen
- ✘ **Landesgehörlosengeld einführen** – Teilhabe von gehörlosen Menschen verbessern, mehr Gebärdendolmetscher:innen ausbilden

Forderungen an die Politik



Viele Weichen werden in der Bundespolitik gestellt, wie beispielsweise Pflegepolitik und Arbeitspolitik. Das Land Rheinland-Pfalz muss eine stärkere Stimme gegen Armut im Kreis der Länder werden. Wir fordern das Land auf, sich für folgende Themen auf Bundesebene stark zu machen:

- ✘ Flächendeckenden, existenzsichernden **Mindestlohn** oberhalb der Niedriglohnschwelle einführen, der nach lebenslanger Arbeit auch zu einem auskömmlichen Rentenanspruch führt
- ✘ **Soziale Absicherung stärken** und Arbeitsbedingungen in prekären Jobs verbessern - Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln, Leiharbeit stärker regulieren
- ✘ **Mehr Beteiligung** von armen Menschen/Grundsicherungsempfängenden bei politischen Entscheidungen
- ✘ **Pflegende Angehörige besser absichern** und vor Altersarmut schützen - Pflegelohn für pflegende Angehörige einführen, Rentenversicherungsbeiträge für Pflegezeit erhöhen